



Regierungsratsbeschluss vom 22. Oktober 2024

Nationalrat; Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit; 18.455 n Pa. Iv. Grosse Jürg; Selbständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen; Vernehmlassung

P241031

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen.

Begründung

Der Regierungsrat lehnt die Vorlage der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates ab, welche den Status der Selbständigerwerbenden im Sozialversicherungsrecht ändern will. Die Schweiz verfügt bereits über ein flexibles und anpassungsfähiges Sozialversicherungssystem, das die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarktzugang nicht behindert. Der geringe Anteil an Streitfällen zeigt, dass die aktuelle Rechtslage rechtssicher und effizient ist. Eine Lockerung der Kriterien für Selbständigerwerbende birgt das Risiko, dass Personen den Sozialversicherungsabgaben ausweichen, was die langfristige soziale Absicherung gefährdet und die Gefahr einer späteren Sozialhilfeabhängigkeit erhöht. Zudem würde die Einbindung Dritter in die Beitragsabrechnung das bestehende Verfahren unnötig verkomplizieren und Kosten verursachen.

